

Wirtschaftliche Wochenchronik.

14. Juli. Durchführungsverordnung für die Kriegsteuer der Jahre 1916, 1917 und '18.

15. Juli. Schließung feindlicher Versicherungsgesellschaften in Amerika. — Das amerikanische Telegraphen- und Telephonnet unter Staatsaufsicht gestellt.

16. Juli. Das wiederzusammentretende österreichische Abgeordnetenhaus beginnt die Debatte über das Budgetprovisorium für das zweite Halbjahr und den Kriegskredit von 12 Milliarden. — Ein Handelsagentengesetz wird dem Parlament vorgelegt. — Der Ministerpräsident kündigt die bevorstehende Uebernahme der Lebensmittelzentralen in die Staatsverwaltung an.

17. Juli. Die Kriegsgewinnsteuer der Oesterreichisch-ungarischen Bank für 1917 mit 87,6 Millionen Kronen bemessen, wovon 60 Millionen auf Oesterreich, 27,6 Millionen auf Ungarn entfallen. — Dem Reichsrat wird der Konsular- und Rechtshilfevertrag mit der Türkei vorgelegt, der an die Stelle der früheren Kapitulationen tritt.

18. Juli. Auf die achte österreichische Kriegsanleihe sind nach den bisherigen Feststellungen 5763,4 Millionen Kronen gezeichnet. — Rede des Handelsministers Freiherrn v. Wieser über die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Deutschland.

19. Juli. Bevorstehende weitere Erhöhung der Gütertarife der österreichischen und ungarischen Staatsbahnen im allgemeinen gleichmäßig um siebenzig, für Kohlen um vierzig Prozent.

20. Juli. Errichtung einer österreichischen Hauptanstalt für Sachdemobilisierung. — Bisheriges Ergebnis der ungarischen Kriegsanleihe rund drei Milliarden.